

Nebrer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1,10 Mk.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 30 mm breite Millimeterzeile im Postamt 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Aachen.

Nr. 49 Donnerstag, den 26. April 1928 41. Jahrgang

Der Ueberwachungsanspruch.

Ansichts der Beratungen des Ständigen Ausschusses des Reichstages, der zu dem Bericht des Reichsinnenministers gegen den Reichslandtag Stellung nimmt, sind die folgenden staatsrechtlichen Überlegungen von aktuellem Interesse.
Im Artikel 35 der Reichsverfassung heißt es: „Der Reichstag besteht zur Wahrung der Rechte der Volksgemeinschaft gegenüber der Reichsregierung für die Zeit außerhalb der Tagungen und nach Beendigung einer Wahlperiode oder der Auflösung des Reichstages bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages aus den Mitgliedern der Reichsversammlung.“ Dieser Ausschuss hat die Rechte eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, hat also die Berechtigung, die Unversehrtheit des Reichstages und jedes Reichsmitgliedes zu verlangen, und die Gerichte und Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, dem Ersuchen dieses Ausschusses um Beweiserhebung Folge zu leisten und ihm die Akten der Behörden auf Verlangen vorzulegen.

Im allgemeinen hat dieser Ständige Ausschuss nur sehr wenig von sich reden gemacht, denn die Minister sind ja schließlich doch nichts anderes als die Führer ihrer Parteien, der Mehrheit also, und deswegen hat man von einem Konflikt dieses Ausschusses mit der Reichsregierung noch nichts gehört. Da aber die Auflösung des letzten Reichstages deswegen erfolgte, weil die Mehrheit auseinandergefallen war, so liegen die Dinge jetzt etwas anders. Der Ständige Ausschuss ist zusammengekommen worden, um Stellung zu nehmen zu der Verordnung des Reichsinnenministers über das Verbot des Notfrontenstreikens. Dabei ergeben sich theoretisch recht interessante Streitfragen; dieser Ueberwachungsanspruch hat nämlich zwar die Möglichkeit, viel zu sprechen, aber er hat — nichts zu sagen. Denn ob er einem Minister oder dem Reichstagspräsidenten gegenüber sein Verlangen oder sein Mißtrauen zum Ausdruck bringt, ist politisch-parlamentarisch gesehen zwar nicht gleichgültig, aber doch fast gleichgültig. Er kann Erklärungen abgeben, kann Beschlüsse fassen, kann auch einen Minister für Mißtrauen ansprechen, ohne daß sich aber die Reichsregierung darum zu kümmern braucht. Verfassungsrechtlich wäre also die Annahme des kommunikativen Anspruches im Ueberwachungsanspruch zu bestehen, die Reichsregierung aufzufordern, das Ersuchen des Reichsinnenministers an die Länderregierungen zwecks Verbots des Notfrontenstreikens, samt sofortiger Wirkung wieder aufzuheben, wäre praktisch bedeutungslos. Die Regierung kann diesem Verlangen Rechnung tragen, aber sie braucht es nicht zu tun.

Die Kräfteverteilung und die rechtlichen Zuständigkeiten im parlamentarisch regierten Staat lassen sich nur schwer in Paragraphen pressen. In Ländern, wo der Parlamentarismus in jahrhundertlanger Entwicklung politische Lebensform geworden ist, arbeitet die Maschine ohne die Widerstände, die überall dort bestehen, wo der Parlamentarismus jenenlichen Datums ist. Man hat in die deutsche Verfassung den Ueberwachungsanspruch hineingebracht, um die Parlamentarität zu stärken, aber in Deutschland dieser Ueberwachungsanspruch höchstens eine Möglichkeit, zu deklarieren. Ob er darüber hinaus seinen Willen durchzusetzen vermag, hängt ganz und gar von der politischen Kräfteverteilung ab. Auch der Fall ist denkbar, daß der Ausschuss in einen Konflikt mit dem Reichspräsidenten gerät. Die wirren Zeiten der Jahre 1921 und 1923 sind zwar vorbei, aber trotzdem ist die Möglichkeit denkbar, daß sich gegen eine Maßnahme des Reichspräsidenten Kritik im Ueberwachungsanspruch erhebt. Jede derartige Maßnahme ist natürlich verfassungsrechtlich bedeckt durch die Gegenleistung des Reichstagspräsidenten oder eines Ministers; denn man hat sich zwar gegen diesen die Kritik richten, der Reichspräsident selbst aber ist damit gemeint. Es bleibt jedoch bei der Kritik, es bleibt beim Reden, ohne daß der Ausschuss das Recht und die Möglichkeit hat, seine Ansicht durchzusetzen. Man weiß aber, daß gerade der Artikel 48 der Reichsverfassung zu allerhand Streitigkeiten Veranlassung gegeben hat, weil das Reichsgesetz, das über diesen Artikel „alles Nähere“ bestimmen sollte, immer noch nicht geschaffen worden ist. Dieser Artikel verletzt dem Reichspräsidenten dann, wenn die öffentliche Sache erhebt und in Ordnung erheblich gekürzt oder gekürzt wird, sehr nachteilig. Nichts aber auch die Maßnahmen, die in diesem Falle getroffen werden, können nur auf Verlangen des Reichstages selbst außer Kraft gesetzt werden, nicht also etwa auf Verlangen des Ueberwachungsanspruches.

Korinth ein Trümmerhaufen.

Ausländischer Hilfe bedürftig.
Da die Nachrichten aus dem griechischen Erdbebengebiet nur spärlich einlaufen, läßt sich ein Überblick über den ganzen Umfang der Katastrophe nur schwer gewinnen. Fest steht jedoch, daß Korinth sehr schwer gelitten hat.
Die innere Stadt ist ein einziger großer Trümmerhaufen. Etwa 10 000 Häuser sind vollständig zerstört worden. Die verhältnismäßig geringe Zahl der Opfer — die ersten amtliche Meldungen sprechen von 2 200 und 16 Verletzten — erklärt sich daraus, daß die Bevölkerung durch mehrere dem Hauptstoß vorangegangene leichte Beben abwärts worden war und die Häuser

bereits verlassen hatte, als sie zusammenstürzten. Neben Korinth haben besonders Patrai und Epikourion sowie die Längs des Kanals gelegenen Dörfer schwer gelitten. Etwa 50 000 Personen sind obdachlos und ohne Nahrungsmittel.
Die griechische Regierung hat mit Hilfe des roten Kreuzes und zahlreicher freiwilliger Hilfsvereinigungen ein großes Hilfsnetz eingeleitet, ist aber bei dem großen Umfang des Unglücks außerstande, ohne ausländische Hilfsmittel.

Die griechische Regierung hat mit Hilfe des roten Kreuzes und zahlreicher freiwilliger Hilfsvereinigungen ein großes Hilfsnetz eingeleitet, ist aber bei dem großen Umfang des Unglücks außerstande, ohne ausländische Hilfsmittel.



Die Apollotempel in Alt-Korinth, der durch das starke Erdbeben in Gefahr ist.

Hilfe auch nur die dringlichste Not zu lindern. Das britische Kriegsschiff „Perthshire“ ist von Patrai mit Nahrungsmitteln und Hilfsgütern nach Griechenland ausgelaufen. Ein britischer Kreuzer soll folgen. Die amerikanische Seeflotte in Athen hat einen Vertreter nach dem Erdbebenort entsandt, um an Ort und Stelle Untersuchungen über die Notwendigkeit amerikanischer Hilfe anzustellen.

Neue Erdbeben in Bulgarien und in Italien.
Zwischen sind auch in Bulgarien neue schwere Erdbeben erfolgt. Wiederm war es Philippopol, das besonders stark beimgelitten wurde. Die wenigen noch erhaltenen Häuser stürzten bis auf die Grundmauern ein, wobei nach den bisherigen Feststellungen acht Personen getötet und viele verwundet wurden. Die meisten Häuser befinden sich im Erdbebengebiet. Die Hilfe, die das jugoslawische Rote Kreuz dem kugartenischen Volke zuteil werden läßt, wurde mit Freude und Gemutigung aufgenommen.
Auch in Italien wurden heftige Erdbeben verübt, die in Nordosenna und in Spagna unter der Bevölkerung große Verwirrung hervorriefen. Die Bewohner von Capriodoro verbrachten die Nacht unter freiem Himmel. Mehrere Häuser des Ortes wurden beschädigt und mußten geräumt werden. Meldungen über Menschenopfer liegen nicht vor.

Die Opfer von Korinth.

Athen. Nach hier vorliegenden Nachrichten sollen bei dem Erdbeben in Korinth zwischen 20 000 Personen getötet worden sein. Die Stadt ist ohne Licht.

Bestellungen der öffentlichen Hand.

Vorschläge des Reichswirtschaftsrats.
Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat der Reichsregierung ein Gutachten über die Verteilung von Beschäftigungsmöglichkeiten in der Hilfe, die das jugoslawische Rote Kreuz dem kugartenischen Volke zuteil werden läßt, wurde mit Freude und Gemutigung aufgenommen.
Auch in Italien wurden heftige Erdbeben verübt, die in Nordosenna und in Spagna unter der Bevölkerung große Verwirrung hervorriefen. Die Bewohner von Capriodoro verbrachten die Nacht unter freiem Himmel. Mehrere Häuser des Ortes wurden beschädigt und mußten geräumt werden. Meldungen über Menschenopfer liegen nicht vor.

Die Reichsregierung soll prüfen, ob durch erweiterte Übertragbarkeit von Glasmitteln und durch Erleichterung von Vorgriffen auf den nächsten Monats eine wirtschaftlich zweckmäßige Verteilung der Aufträge ermöglicht werden kann, daß bei Bewilligung der Haussteuerbeiträge auf eine frühzeitige und gleichmäßige Verteilung der Bauarbeiten über das ganze Baujahr Bedacht genommen wird, daß Baumunterhaltungsarbeiten, soweit möglich, auch in der nächsten Jahreszeit vorgenommen werden und schließlich, daß durch lange Lieferfristen die Ausführung der Aufträge in stillen Zeiten ermöglicht wird. In größeren Gemeinden sollen möglichst regelmäßigen zwischen den Stadterhaltungen und den verschiedenen Reichs- und Landesverwaltungsbehörden, sowie den der Reichsbahn- und Oberpostdirektionen Verprechungen nach Art der oben erwähnten stattfinden unter Beteiligung der Arbeitssämter und der Vertretungen der Wirtschaft.

Weltwirtschaft und Zollfragen.

Gutachten des Reichswirtschaftsrats.
In der Reichsregierung haben der wirtschaftspolitische und den finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats ein Gutachten zu den Ergebnissen der Welt-

wirtschaftskonferenz erlassen. Das Gutachten befragt die Zustimmung der Reichsregierung zu dem Gesamtbericht der Weltwirtschaftskonferenz und stimmt nachdrücklich den Schlußfolgerungen der Konferenz zu. Besonders wird das Einverständnis damit erklärt, daß neben den natürlichen Folgen des Krieges das Grundübel in den hohen Schuldenlasten der Nachkriegszeit zu erblicken sei und daß größere Freiheit im Warenaustausch und ausgedehntere internationale Arbeitsteilung das wichtigste Mittel seien, um die Schwierigkeiten zu mildern. Das Gutachten prüft dann

die Lage Deutschlands

und stellt fest, die Herabnahme von Auslandsschulden dürfe nicht sinnlich abgelehnt werden. Der Nationalisierung der Wirtschaft müsse eine Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung folgen. Eine den Export fördernde Wirtschaftspolitik müsse getrieben werden; vor allem auch eine Handelspolitik, die Zollschranken vermeidet. Vielmehr müssen Zollniederlegungen angestrebt werden.

Oberschlesiens Heimatgefühl.

Rebe des Kultusministers Weder.
Der preussische Kultusminister Dr. Weder, der eine Bildungsreise durch Oberschlesien unternimmt, sprach auf einem von den Ostböhmer Schulen veranstalteten ober-schlesischen Heimatabend. Der Minister erklärte, daß man in Nebra und in Berlin wohl von Oberschlesiens Not und Eigenart unterrichtet sei.

Wir wissen, so betonte Dr. Weder, daß es deutsche Männer sind, die in diesem Grenzland schwere Arbeit leisten, und wir kennen Oberschlesiens kulturelle Bedeutung. Man muß aber nicht nur ober-schlesische Bücher und Berichte lesen. Man muß auch Oberschlesien je h e n. Man muß die Heimat der dort lebenden Menschen kennen, die dieses Heimatgefühl in der ober-schlesischen Heimat lebendig blieb, seine Formen anmahnt und weit über die Grenzen erhalten blieb. Es müge auch weiterhin lebendig bleiben und zum innigen Zusammenarbeiten mit dem Reich beitragen. Jeder deutscher Gemeinheitsgefühl ist es, der uns noch enger zusammenführen müßte. Er könne versichern, daß man in Berlin wisse, daß die Bild heute nicht dem je nach dem Osten gerichtet sein müßte. Nicht nur die Liebe zum Rhein und anderen schönen deutschen Gauen, sondern der kolonisierende Geist müsse es sein, der sich heute nach dem Osten wende. Der Minister schloß mit einem Gruß an die ober-schlesische Jugend.

Einweihungsfest in Gelnau.

Kultusminister Dr. Weder nahm fernher an der Einweihungsfest des neuen Schulhauses des staatlichen-Instituts Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums in Gelnau teil. Dabei machte er längere Ausführungen über den Wert des humanistischen Gymnasiums in der heutigen Zeit. Er betonte hierbei, daß insbesondere in einem Land wie Oberschlesien, in dem die realistischen Werte des Wirtschaftslebens besonders stark hervorstrahlen, das Wesen einer humanistischen Bildungswelt als der geistige Gegenpol gegenüber dem realistischen Leben zu betrachten sei.

Schiedspruch im Ruhrbergbau für verbindlich erklärt.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat den Schiedspruch im Ruhrbergbau, der eine durchschnittliche Lohnerhöhung um 8 Prozent vorschlägt, für verbindlich erklärt. Die Verbindlichserklärung ist erfolgt, nachdem sich der Reichsarbeitsminister mit einem Auslösch zwischen den beiden Parteien bemüht hatte. Die Verbindlichserklärung ist im öffentlichen Interesse ausgesprochen, weil sonst mit ständiger Unsicherheit in den Verhandlungen zu rechnen wäre.

Zur Erhöhung der Kohlenpreise.

Ein Antrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustrials. Nachdem der Schiedspruch für den Ruhrbergbau vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden ist, hat das Rheinisch-Westfälische Kohlenindustrials eine Kohlenpreiserhöhung um 1 Mt beantragt. Die Erhöhung des Reichsfortschrittsrates und des Reichshöchstpreises findet am 2. Mai statt. Anzuweisen wird das Syndikat über das zu beantragende Entschluß der Preisänderung und über die sonstigen Maßnahmen beraten, die durch die Verbindlichserklärung des Schiedspruches notwendig werden.

Aus Preußen des Ruhrgebietes wird darauf hingewiesen, daß sich die beantragte Erhöhung in solchen Grenzen halten dürfte, daß sie die Befreiung des Verbrauches nach dem jetzt für verbindlich erklärten Schiedspruch nicht ausbleibt. Wenn man in Zukunft als Folge dieses Schiedspruches mit einer 50prozentigen Drohselung des Auslandsabfahres und Verlust von weiteren 10 Prozent des bisher unbefristeten Schiedspreises rechnen, so dürfte die beantragte Kohlenpreiserhöhung diese Entbunde nicht einmal zur Hälfte ausmachen. Man wird also um neue Zillungen, selbst wenn die Kohlenpreiserhöhung durchgeht, nicht herumkommen.

In gutunterrichteten wirtschaftlichen Kreisen wird damit gerechnet, daß einige weniger rentable Gruben stillgelegt und etwa 30 000—40 000 Bergarbeiter zur Entlassung kommen werden.

Schiedsvertrag Amerika-Deutschland.

Unterscheidung in einigen Tagen.
Der amerikanische Staatssekretär Kellogg und der deutsche Reichskanzler v. Brüning sind in Gattin und in

München. Nach einem Antrage des hiesigen Wohnungsreferenten beschloß der Stadtrat München heute einstimmig, für die kommenden drei Jahre grundsätzlich den Bau von 12.000 Wohnungen im Stadteigentum vorzusehen. Bis Ende 1920 ist der Bau von 10.000 Wohnungen und für 1921 von 2.000 Wohnungen in Aussicht genommen.

Neue Erdhöfe in Bulgarien.

Sofia. In den letzten 24 Stunden wurden weitere schöne Erdhöfe in Bulgarien, im nördlichen Osten Bulgariens, befestigt worden. Die Erdhöfe in Staro Zagora und besonders in Gostowo, wo einige Mauern einstiegen. In dem ganzen vom Erdbeben betroffenen Gebiet sieht sich die Bevölkerung verzweifelt gegen das unglückliche Wetter zu kämpfen, da die erdrieten Baracken noch nicht ausreichen. Infolge der dauernden Regenfälle und der Kälte, die in den letzten Tagen angenommen hat, muß man erwarten, daß die Zahl der in der Gegend verstorbenen Menschen noch ansteigen wird.

117.000 indische Spinnerarbeiten streiken.

Bombay. Die Zahl der in den Spinnerien Indiens Streikenden beläuft sich jetzt auf etwa 117.000. Die Arbeit in den Spinnerien ist nunmehr fast völlig eingestellt.

Der Oberpräsident von Niedersachsen, 3. J. m. e. r., ist verstorben. Oberpräsident Zimmer hatte bis Anfang März noch täglich in der Mittagsstunde Besuch erhalten und auch Beamte zum Vortrag, allerdings nur in persönlichen Angelegenheiten, empfangen. Seitdem verhielt er sich zum Publikum, so daß er meist bettlägerig war. Seit etwa drei Tagen war der Kranke völlig schlaflos und nahm fast nichts mehr zu sich. Zimmer ist 64 Jahre alt geworden. Er war in jungen Jahren Handelsreisender, gehörte der Sozialdemokratischen Partei an, wurde in die Verfassunggebende Preussische Landesversammlung gewählt und 1920 zum Oberpräsidenten von Sachsen ernannt. Zimmer erlag einem Magenleiden.

Stehen Arbeiter vor.

München (Hbr). Am Sonntagvormittag Friedrich-Wilhelm-Straße wurden sieben Arbeiter durch eine Schußwunde verletzt. Alle wurden in die Klinik gebracht, wobei zwei haben lebensgefährliche Verletzungen.

Aman Ullah kauft und fliegt.

Am 28. April Abfahrt von Berlin. Der Afghanistanis Aman Ullah, der noch immer in Berlin weilte und erst am 28. April abreisen wird, hat in der Reichshauptstadt mehrere Flugzeuge angekauft, ferner die Einrichtung einer Holzflugfabrik in der Gegend von Berlin für chemische Produkte. Außerdem verhandelt er über den Ankauf von Einrichtungen für Luftschiffahrt. Das Flugzeugpaar hat jetzt zum erstenmal das ihm von der Reichsregierung geschenkte neue Flugzeug benutzt und mit dem selbstverfertigten afghanischen Außenminister und einigen anderen Persönlichkeiten mehrere Flüge über Berlin ausgeführt. Die Königin ist bei dieser Gelegenheit zum erstenmal geflogen. Der Berliner Minister, in der ihm die Mandate herausgeschickt wurden, hat Aman Ullah eine moderne Operationskammer gestiftet; außerdem hat er sich verpflichtet, für das Zimmer, in dem er gelegen hat, zehn Jahre lang die Kosten zu tragen.

Lustpost und Luftschiff.

Alle Linien des am 23. April beendeten bedeutend vergrößerten Sommerflugdienstes ziehen sich zur Vorbereitung zum Aufposten werden bei allen Poststationen angenommen und müssen die Angabe „mit Lustpost“ tragen. Gewöhnliche Briefposten können auch durch die Luftlinie angeteilt werden. Ein anderer Vorteil besteht darin, daß die Luftpost einschließlich Zusatzgebühr nur 10 bis 12 Pfennig kostet. Für Briefe sind die Zustellkosten herabgesetzt worden, ebenso für Postsendungen nach einigen fremden Ländern. Zur besseren Kennzeichnung der Luftpostsendungen empfiehlt sich die Verwendung von Lustpostmarken. Nähere Auskünfte erteilen die Postanstalten.

Da die Luft sich immer mehr zum „Reiseverkehr“ entwickelt, muß natürlich in immer höherem Maße auch an einen Lustpostgedanken gedacht werden. Der frühere Reichsverkehrsminister Dr. A. Rohne hat als Präsident des Deutschen Luftverkehrs eine Denkschrift mit dem Titel „Luftverkehr und Luftpostmarken“ veröffentlicht, die sich mit der Entwicklung des Luftverkehrs im Inlande und in der Nachkriegszeit und bringt ein ziffermäßiges Bild der Verhältnisse in den europäischen Staaten. Am meisten Wert wird darauf gelegt, welche Verkehrsmöglichkeiten es gibt. Mit Nachdruck wird darauf hingewiesen, daß ausschließlich in neuen baulichen Anlagen in Deutschland während unseres Lebensalters geschaffen werden, die notwendig sind, um den Verkehr und den Fortschritt nach Luftwegen bedingten werden.

Von Frühling zu Frühling

Novian von A. A. r e f e l d.

19. Frühling. Nachdruck verboten. Langsam trat Meta vor und reichte ihm die Hand. Durch die offene Tür fiel ein Lichtstrahl auf beide. Es fiel ihr auf, wie blaß und elend er ausah. „Weh wohl, Ni!, und amüßiere dich gut in Paris.“ „Ach was, amüßieren!“ brummte er verlegen. „Geschäfte habe ich, lieb wohl!“

Er wandte einen flehentlichen Blick auf ihre Stirn und ging. Als Meta spätere in das Altkammer trat, hörte sie unten den Wagen abfahren, der ihn zur Bahn brachte. Am nächsten Morgen kam Frühling brachte ihr die Post mehrerer Antiquitäten drei Briefe. Der erste war von Verta Malchow, das heißt, der jetzigen Frau Zurekhaft. Sie schrieb sehr häufig, die kleine Verta, seit vor einem halben Jahre ihr Mann seinen Augenleiden erliegen war und sie mit ihren zwei kranken Kindern ohne Substitutionsmittel lebte.

Meta hatte ihr oft mit größeren Beträgen ausgeholfen, so zuletzt durch allerlei Hülfsgebende Mittelgeschichten an eine Stelle in dem Bureau eines Advokaten verschafft, wo sie für 60 Kronen monatlich von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends mit zweifelhafte Mittagspause an der Schreibmaschine beschäftigt war.

Ein sprechendes Dialekt! Meta fragte, wenn sie an das ununterbrochene Geklapper der Schreibmaschine dachte und an Vertas flehentliche Verfassung, die barmherzigen Kranken Kinder liegen sah.

Sie hatte ihr auch nun zu Weihnachten einen ansehnlichen Betrag gesandt. Wenigstens die Festtage sollte die kleine, fleißige Frau frei von Sorgen sein. Dieser Brief enthielt nun den Dank dafür. Aber Metas Augen weichen ihr beinahe entsetzt während des Lesens was hatte die Verta gemacht, das Geld dafür? Die Schreibmaschine! Eine klangende Schreibmaschine anstatt warmer Kleider und kräftiger Festtagsbraten...

Der A. D. M. C. -Straßenhilfsdienst.

Der Allgemeine Deutsche Automobilklub (A. D. M. C.) hat die Aufgabe übernommen, einen Straßenhilfsdienst in Deutschland zu organisieren. Er wird sich wie folgt äußern: 1. Patrouillendienst mit eigenen Fahrzeugen und angehenden Fahrern. 2. Kennzeichnung der verträglich verbleibenden A. D. M. C. -Hilfsstellen. 3. Errichtung von Ortsschildern, Anbringung von Warnungs- und Hinweisschildern. 4. Dreiwöchiger Hilfsdienst der Mitglieder. Da vorerst nur 34 Fahrzeugpatrouillen eingesetzt werden, ferner nicht überall patrouillierende Helfer sofort zur Stelle sein können, muß die durchgehende Anwesenheit von Helfern sichergestellt werden. Der freiwillige Hilfsdienst der Automobilklub- und Motorradfahrer untereinander gehört zur wichtigsten Notwendigkeit des Straßenhilfsdienstes. Daraus ergibt sich, daß der A. D. M. C. auch er seine große Aufgabe erfüllen muß, auch besonders auch auf die freiwillige Mitarbeit seiner Mitglieder angewiesen ist. Namentlich hat der A. D. M. C. an seine Mitglieder in Stadt und Land einen Appell gerichtet, sich dem freiwilligen Hilfsdienst für die A. D. M. C. -Straßenhilfsdienst zur Verfügung zu stellen.

Um zu vermeiden, daß ein Hilfsbedürftiger sich zwecks sonstige oft an vorübergehende Hilfsfahrzeugbesitzer wenden, auch nicht alle Mitglieder des A. D. M. C. -Klubs Mitgliedern werden, müßte der A. D. M. C. diejenigen Mitglieder, die bestimmt helfen wollen und können, besonders festschreiben. Diese Mitglieder erhalten kostenlos den gelben A. D. M. C. -Hilfsdienst. Der freiwillige Hilfsdienst ist durch die Anbringung der A. D. M. C. -Hilfsstellen am Hilfsdienst wird es möglich sein, den eigenen A. D. M. C. -Straßenhilfsdienst wirksam zu ergänzen und ihn dauernd und überall in Erscheinung treten zu lassen.

Die Entwicklungsmöglichkeiten in der deutschen Braunkohlendindustrie.

Während für den deutschen Steinkohlenbergbau unter den Einflüssen von Kämpfen um Löhne und Arbeitszeit, namentlich an der Ruhr, die Verhältnisse sich dauernd ungünstig gestalten, so daß man zur Stilllegung an und für sich auch lebensfähiger Zechen überlegen muß, bewegt sich die Lage der deutschen Braunkohlendindustrie, wie wir einem Situationsbericht des Bankhauses Fritsch & Schüller in Lützenburg entnehmen, in aufstrebender Linie. Das Rheinische Braunkohlensyndikat ist im vorigen Jahre unter den Einflüssen der starken Nachfrage nach Braunkohle-Briketts in der Lage gewesen, die ihm angebotenen Werke über die Produktion hinaus zu beschäftigen. Auch im laufenden Jahre läßt der Absatz, sieht man von kleinen Schwankungen, im Laufe des Jahreszeit mit sich bringen, an nichts zu wünschen übrig, weil die gesamte Förderung resp. Brikett-Fabrikation vollständig von dem Verbrauch aufgenommen wird. Die Tendenz des deutschen Braunkohlensyndikats war in den letzten Jahren mit Nachdruck auf die Durchschaffung des Nationalisierungsprogramms eingestellt. Neben den Bestrebungen auf Vergrößerung der Selbstkosten ist das Augenmerk hauptsächlich auf die verstärkte Gewinnung von Nebenprodukten und die Erweiterung der Verwendungsmöglichkeit der Braunkohle gerichtet gewesen. In erster Linie kommt dabei neben der Staubsäuerung und der Gaszerzeugung die Gewinnung von Nebenprodukten aus der Braunkohle in Betracht. Die Vertriebsanlagen der I. G. Farbenindustrie mit dem Volksgas-Verfahren haben hinsichtlich der Gewinnung von Braunkohle-Benzin ausgezeichnete Erfolge aufzuweisen, so daß in der zunehmenden Ausdehnung der Produktion eine fortschreitende Vergrößerung des inländischen Marktes vorgenommen werden kann, was wirtschaftlich um so bemerkenswerter ist, als angelehnt ist schon jetzt vorhandenen starken Bedarfs an diesen Betriebsstoffen zur inländischen Versorgung fast auf die ausländischen Versorgungsquellen zurückgegriffen werden muß. Günstig es, und die Ausichten dafür sind die besten, die Produktion tatsächlich erheblich zu steigern, so kann dadurch eine wesentliche Befreiung der Handelsbilanz herbeigeführt werden. Der Braunkohlensyndikat in Deutschland hat in den letzten Jahren weniger auf die Ausfüllung von hohen Gewinnen als auf die Inwertsetzung von beträchtlichen Summen für den Ausbau der Anlagen hin gearbeitet. Es ist dadurch erreicht worden, daß neben einer wesentlichen Steigerung der Förderung resp. der Brikett-Fabrikation nunmehr auch die Nebenprodukte-Gewinnung in ein Stadium trat, das eine Steigerung der Rentabilität der Braunkohlensyndikats nach sich ziehen wird. Diese Vorgänge sind um so beachtenswerter, als sich in der Steinkohlendindustrie durch die verschiedenen Umstände die Situation dauernd verschlechtert.

ausländischer Konkurrenz zu rechnen. Immerhin sind die Auswirkungen auf die Gesamtvertriebe nicht direkt empfindlich, wie sie der Steinkohlensyndikat und darunter wieder die Ruhrgebiets in erster Linie zu erleben haben.

Seiters von anno dazumal.

Karl Theodor Meißner, der berühmte Staatsrechtler, war 1848 alsbaldiger Gesandter beim Bundestag in Frankfurt a. M. und Mitglied der Nationalversammlung. Im Auftrage der Zentralgemalt ging er 1848 als Reichsminister nach Lauenburg und auf dieser Expedition begleitete ihn als sein Legationssekretär ein junger Jurist, der den damals noch unbekannt Namen Viktor Schöffel führt. Was Kommissar und Sekretär auf dieser Fahrt getrieben, hat der letztere zur Ehrföhrung seiner Heideberger Freunde — wenn auch gewiß mit harter Ueberreitung — also geschrieben:

Es war ein Kommissar Und lag der Kommissar Der sah bei Tag und Nacht, Des Morgens nach im Frazen, Er hat einen Secretary, So fing der Secretary, Der's ebenj amadi, Das Gauen wieder an. Derhain, Brief und Acten Wo war der Kommissar? Nach! Ihnen wenig Mühe? Sie heipten und tohsten, Wo war der Secretary? Von spät bis morgens früh, Sie war'n beim Deutschen Bund.

Kursbericht vom 24. April 1928

mittelt vom Bankverein Artzen, Sprüngers, Bickner & Co., Abteilung Neuba. Deutsche Anleihe Ablösungsschuld mit Auslösungrecht. 62 1/2 % ohne 17,40 70/100 Proc. Sächs. Anstalt. Goldpandbriefe 86,60 80/100 Dfls. Hyp.-Bank Meiningens Goldpandbr. 92 80/100 Mitteldeutsche Boden-Credit A.-G., Goldpandbr. 92,60 80/100 Dresdner Bank 159/100 80/100 Commerz und Privatbank 173 80/100 Gallischer Bankverein 182 80/100 Bank für Sozialwesen 154,50 80/100 Norddeutscher Lloyd 153 80/100 AEG (Alta. Wette. Ges.) 164 80/100 IG Farben 270 80/100 Akt. Bergbau 259 80/100 Mansfelder Bergbau 187,25 80/100 Riebeck Montan 158,75 80/100 Rhein. Braunkohlen 87,25 80/100 Westfälische Anstalt 195,50 80/100 Metallurgische Werke 91,25 80/100 Zellstoff Waldhof 295 80/100 Mandener-Werte 185,25 80/100 Uebersee 98,75 80/100 Rhein-Preuss. 139 80/100 Braunkohlensyndikats Maschinen 67 80/100 Sturm A.-G. 70,75 80/100 Kfz-Händler-Ges. 69 80/100 Schenker-Wilmer 20 80/100

Reumütige Rückkehr.

Viele, die sich ihre Wünsche durch alle möglichen scharfen „selbständigen“ Wollmittel verdröben haben, kehren reumütig zu allen Kernseife zurück. Kernseife bleibt eben Kernseife, und wenn man die seit Jahrzehnten geltend eingeführte Steinseife Kernseife verwendet, kann man sicher sein, daß man keine Wäsche die gründlichste, schonendste und dabei leichteste Reinigung erzielt werden läßt. Spaten-Beize, sowie der parfümierte Spaten-Wollschmelze (aus Chemischen der Wäsche ganz vorzüglich) ist in jedem einschlägigen Geschäft zu haben.

„Wahlkampfzeit“

So heißt ein Meer, welches der Abgeordnete Reichspräsident Dr. Meißner in Berlin von Johann Friedr. Ebers, Magdeburg, herausgegeben hat, und welches alle bei den kommenden Reichstagswahlen beteiligten Beamten und Vertreterinnen über die mehr als hundert politischen Verbordnungen, unter Berücksichtigung der Reichsgesetze informiert. Das Meer ist zum Preise von 60 Pfennig durch die Geschäftsstelle unseres Verlages zu beziehen, oder gegen Vorkaufsumme von 70 Pfennig (einschließlich Porto) durch den Verlag Johann Friedr. Ebers, Magdeburg.

Ein Inserat im Hebräer Anzeiger wirkt Ihnen neue Kundchaft.

Und dafür bedankte sie sich überaus herzlich. Sie hatte 720 Kronen jährlich nicht reichen. Das eine Kind laborierte fort an entzündeten Lymphdrüsen, das andere, kaum zweijährige, litt an hochgradiger Anämie. Arzt, Apotheke — alles kostete Geld. So war es denn eine heiße Sehnsucht der armen Verta, eine eigene Schreibmaschine zu besitzen, um daselbst am Arbeit übernehmen zu können. „Vier Stunden Schlaf täglich genügen mir völlig.“ „Vier Stunden Schlaf täglich genügen mir völlig.“ „Vier Stunden Schlaf täglich genügen mir völlig.“ „Vier Stunden Schlaf täglich genügen mir völlig.“

Metas Herz krampte sich zusammen, wenn sie sich dies Leben vorstellte. „Arme kleine Verta — der hatte die Ehe auch ein schönes Glück gebracht!“

Meta schüttelte flehentlich den Kopf. „Nein, nein.“ dachte sie, „das war ja keine Ehe — dies alles sind Eber rings um mich. Die Leute heiraten einfach, das ist alles. Aber Ehe...“

Sie hatte viel über die Sache nachgedacht und war endlich zu der Erkenntnis gekommen, daß Ja Nemers Worte, die ihr einst so verwerdlich erschienen waren, doch einen Sinn hatten. „Es war ein bei den Verufenen und Auserwählten. Bereitet sich ein ein Staat gewinnlicher und sanktionierter Zustand. Die Ehe oder war etwas Ähnliches, Heiliges, das kein Priester am Altar und kein Geseßesvertreter irdischen konnte.“

Jetzt erst griff sie nach dem zweiten Brief. Ah — der war ja von Jiel und Ann Genau? Wie kam sie denn dort hin? Sie hatte lange nicht geschrieben. Meta öffnete neugierig und las die wenigen Zeilen: „Meine liebste Meta! Diese Zeilen sollen die meine letzten Grüße aus Europa bringen. Morgen schicken wir uns alle ein nach Japan, wo mein Nibbeli einige geistliche Drucke lesen soll. Du kannst, nicht wahr? So, es ist sehr schön, und wir müssen uns festhalten über Nacht entschließen. Wie es nun drüben gehen wird, weiß ich natürlich nicht, aber da wir

alle vier besammten sind, ist es am Ende auch gleichgültig. Ob es nun heimlich der große Schläger wird oder nicht — Gild und Peinart nehmen wir doch überall hin mit, wo wir hier — er, ich und die Kinder — beheimen find. Die Scholle, an der wir festhalten, ist kein Stück Erde, sondern die liebende Gemeinschaft, welche uns wie ein fester Schiff durch das Meer dieses Lebens trägt. Meine Verta, die kleinen, flehlichen Augenleiden, sind wohlacht, mein Mann voll besser Hoffnungen, und darum made auch ich mit keine Sorgen. „Weh wohl, liebste Meta, und vergiß nicht ganz Deine immer getreue Ja Ebermann.“

Meta legte den Brief nachdenklich beiseite. Ein kleiner Aufseher stah sich dabei über ihre Lippen. „Eine weihnachts hatte keine Meta gezogen in dem großen Spiel des Lebens.“

Der dritte Brief trug ein unaußerordentliches, schlagendes Papier, eine umgebildete Hand — wahrscheinlich ein Beteiligter... „Meta rief das Auer auf. Nein, doch nicht. Ein bitteres verächtliches Lächeln kramelte ihre Lippen. Schöner wieder eine anonyme „Warnung.“

Wie sollte hatte sie nicht in den paar Jahren erhalten, teil sie Nikis Ostin war! „Anfangs hatte es sie immer erregt. Scham und Empörung waren aufgelaufen, doch Fremde wußten... Jetzt ließ es sie ganz gleichgültig.“

„Gnädige Frau! Wenn Sie wissen wollen, mit wem Ihr Gemahl das Weihnachtsfest zubringt, so begeben Sie sich dorthin und fragen Sie im „Hotel Metropole“ nach ihm.“ „Ein treuer Freund.“ „Nein, sie wollte es wirklich nicht wissen. Eine Edith Erlant oder eine andere... was lag ihr daran? Der „treue Freund“ war wahrscheinlich eine ehemalige Freundin Nikis, die selber gern nach Paris gereist wäre.“

(Fortsetzung folgt.)

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 M.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Nebleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Nebleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Nebleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Westmetell 15 Pf. Anzeigenannahme am Dinstag bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr. 49

Donnerstag, den 26. April 1928

41. Jahrgang

Der Ueberwachungs Ausschuss.

Angelehnt der Beratungen des Ständigen Ausschusses des Reichstages, der zu dem Vorgehen des Reichsinnenministers gegen den „Nebrer Bund“ Stellung nimmt, sind die folgenden finanziellen Überlegungen von aktuellem Interesse.

Im Artikel 35 der Reichsverfassung heißt es: „Der Reichstag bewilligt zur Wahrnehmung der Rechte der Volksvertretungen gegenüber der Reichsregierung für die Zeit außerhalb der Sitzungen und nach Beendigung einer Wahlperiode oder der Auflösung des Reichstages bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages einen „Nebrer Bund“. Dieser Ausschuss hat die Rechte eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, hat also die Befugnis, die Anwesenheit des Reichstagsleiters und jedes Reichsministers zu verlangen, und die Gerichte und Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, dem Ersuchen dieses Ausschusses um Beweiserhebung Folge zu leisten und ihm die Akten der Behörden auf Verlangen vorzulegen.“

Im allgemeinen hat dieser Ständige Ausschuss nur sehr wenig von sich reden gemacht, denn die Minister sind ja schließlich doch nichts anderes als die Führer ihrer Parteien, der Mehrheit also, und deswegen hat man von einem Konflikt dieses Ausschusses mit der Reichsregierung noch nichts gehört. Da aber die Verhängung des letzten Reichstages deswegen erfolgte, weil die Mehrheit auseinandergegangen war, so liegen die Dinge jetzt etwas anders. Der Ständige Ausschuss ist zusammengetreten worden, um Stellung zu nehmen zu der Verordnung des Reichsinnenministers über das Verbot des „Nebrer Bundes“. Dabei ergeben sich theoretisch recht interessante Streitfragen; dieser Ueberwachungs Ausschuss hat nämlich zwar die Möglichkeit, viel zu sprechen, aber er hat — nichts zu sagen. Denn ob er einen Minister oder dem Reichstagsleiter gegenüber sein Verlangen oder sein Misstrauen zum Ausdruck bringt, ist politisch-parlamentarisch gesehen zwar nicht gleichgültig, aber praktisch bedauerlich nutzlos. Er kann Erklärungen abgeben, kann Beschlüsse fassen, kann auch einen Minister sein Misstrauen ausdrücken, ohne daß sich aber die Reichsregierung darum zu kümmern braucht. Verfassungsrechtlich wäre also die Annahme des kommunikativen Urtrages im Ueberwachungs Ausschuss zu bejahen, die Reichsregierung aufzufordern, das Ersuchen des Reichsinnenministers an die Landesregierungen zwecks Verbot des „Nebrer Kampfbundes“ mit sofortiger Wirkung wieder aufzuheben“, darum praktisch bedeutungslos. Die Regierung kann diesem Beschlusse Nachdruck tragen, aber sie braucht es nicht zu tun.

Die Kräfteverteilung und die rechtlichen Zustände im parlamentarisch regierten Staat lassen sich nur schwer in Paragrafen fassen. In Ländern, wo der Parlamentarismus in jähzweckender Einwirkung politische Lebensform geworden ist, arbeitet die Maschine ohne die Widerstände, die überall dort bestehen, wo der Parlamentarismus in juristischen Formen ist. Man hat in die deutsche Verfassung den Ueberwachungs Ausschuss hineingebracht, und die Parlamentarität ist nicht zu verkennen. Verfassungsrechtlich hat aber in Deutschland dieser Ueberwachungs Ausschuss höchstens eine Möglichkeit, zu debattieren. Ob er darüber hinaus seinen Willen durchsetzen vermag, hängt ganz und gar von der politischen Kräfteverteilung ab. Nach der Zeit ist denkbar, daß der Ausschuss in einem Konflikt mit dem Reichspräsidenten gerät. Die wirren Zeiten der Jahre 1921 und 1923 sind zwar vorbei, aber trotzdem ist die Möglichkeit denkbar, daß sich gegen eine Maßnahme des Reichspräsidenten Kritik im Ueberwachungs Ausschuss erhebt. Jede derartige Maßnahme ist natürlich verfassungsrechtlich gebietet durch die Gegenzeichnung des Reichsministers oder eines Ministers; denn man hat sich zwar gegen diesen die Kritik richten, der Reichspräsident selbst aber ist damit gemeint. Es bleibt jedoch bei der Kritik, es bleibt beim Neben, ohne daß der Ausschuss das Recht und die Möglichkeit hat, seine Ansicht durchzusetzen. Man weiß aber, daß gerade der Artikel 35 der Reichsverfassung zu allen den Ereignissen Veranlassung gegeben hat, weil das Verbot des „Nebrer Bundes“ über diesen Artikel „alses Näheres“ bestimmen sollte, immer noch nicht geschaffen worden ist. Dieser Artikel verleiht dem Reichspräsidenten dann, wenn die öffentliche Seite erhebt und Ordnung erheblich gefährdet oder gefährdet wird, sehr weitgehende Rechte. Aber auch die Maßnahmen, die in diesem Falle getroffen werden, können nur auf Verlangen des Reichstages selbst außer Kraft gesetzt werden, nicht also etwa auf Verlangen des Ueberwachungs Ausschusses.

Korinth ein Trümmerhaufen.

Ausländischer Hilfe bedürftig.

Da die Nachfragen aus dem griechischen Erdbebengebiet nur langsam eintreffen, läßt sich ein Überblick über den ganzen Umfang der Katastrophe nur schwer gewinnen. Fest steht jedoch, daß Korinth sehr schwer gelitten hat.

Die innere Stadt ist ein einziger großer Trümmerhaufen. Etwa 10 000 Häuser sind vollständig zerstört worden. Die verhältnismäßig geringe Zahl der Opfer ist der ersten Ansicht nach zu erklären durch die Zahl und die Verteilung — erklärt sich daraus, daß die Bevölkerung durch mehrere dem Hauptort vorangegangene leichte Beben verwirrt worden war und die Häuser

bereits verlassen hatte, als sie zusammenstürzten. Neben Korinth haben besonders Lutrak und Aklakastro sowie die längs des Kanals gelegenen Dörfer schwer gelitten. Etwa 50 000 Personen sind obdachlos und ohne Nahrungsmittel.

Die griechische Regierung hat mit Hilfe des Roten Kreuzes und zahlreicher freiwilliger Hilfsvereinigungen ein großes Hilfswerk eingeleitet, ist aber bei dem großen Umfang des Unglücks außerstande, ohne ausländische



Die Apollotempel in Alt-Korinth, der durch das starke Erdbeben in Gefahr ist.

Hilfe auch nur die dringendste Not zu lindern. Das britische Kriegsschiff „Abercrombie“ ist von Aklakastro nach Nahrungsmitteln und Hilfsgütern nach Griechenland ausgelaufen. Ein britischer Jettörfer soll folgen. Die amerikanische Gesandtschaft in Athen hat einen Vertreter nach dem Erdbebenort entsandt, um an Ort und Stelle Untersuchungen über die Notwendigkeit amerikanischer Hilfe anzustellen.

Neue Erdbeben in Bulgarien und Italien.

Anzusehen sind auch in Bulgarien neue schwere Erdbeben erfolgt. Wiederum war es Philippopol, das besonders hart beimgelitten wurde. Die wenigen noch erhaltenen Häuser stürzten bis auf die Grundmauern ein, wobei nach den bisherigen Feststellungen acht Personen getötet und viele verwundet wurden. Die meisten Häuser befinden sich im Erdbebengebiet. Die meisten Häuser des Ortes wurden vollständig zerstört und mußten geräumt werden. Meldungen über Menschenopfer liegen nicht vor.

Auch in Italien wurden heftige Erdbeben verheert, die in Nordoskana und in Foggia unter der Bevölkerung große Verwirrung hervorriefen. Die Bewohner von Castellonovo verbrachten die Nächte unter freiem Himmel. Mehrere Häuser des Ortes wurden vollständig zerstört und mußten geräumt werden. Meldungen über Menschenopfer liegen nicht vor.

Die Opfer von Korinth.

Athen. Nach jetzt vorliegenden Nachrichten sollen bei dem Erdbeben in Korinth zwanzig Personen getötet worden sein. Die Stadt ist ohne Licht.

Befestungen der öffentlichen Hand.

Vorschläge des Reichswirtschaftsrats.

des Reichsinnenministers ein Gutachten über die Befestigung der öffentlichen Hand.

Der Ausschuss hat die Befestigung der öffentlichen Hand in einzelnen Wirtschaftszweigen und in einzelnen Gewerkschaften und in einzelnen Betrieben in Betracht gezogen. Die Befestigung der öffentlichen Hand ist eine Aufgabe, die durch erweiterte durch Befestigung der öffentlichen Hand in einzelnen Wirtschaftszweigen und in einzelnen Gewerkschaften und in einzelnen Betrieben in Betracht gezogen. Die Befestigung der öffentlichen Hand ist eine Aufgabe, die durch erweiterte durch Befestigung der öffentlichen Hand in einzelnen Wirtschaftszweigen und in einzelnen Gewerkschaften und in einzelnen Betrieben in Betracht gezogen.

Wichtiges.

An die Reichsregierung haben der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats ein Gutachten zu den Ergebnissen der Welt-

wirtschaftskonferenz erlassen. Das Gutachten bezieht die Zustimmung der Reichsregierung zu dem Gesamtbericht der Weltwirtschaftskonferenz und stimmt nachdrücklich den Schlussfolgerungen der Konferenz zu. Besonders wird das Einverständnis damit erklärt, daß neben den natürlichen Folgen des Krieges das Grundbild in den hohen Schuldsätzen der Nachkriegszeit zu erblicken sei und daß große Freiheit im Warenauslaß und ausgedehnte internationale Arbeitsteilung das wichtigste Mittel seien, um die Schwierigkeiten zu mildern. Das Gutachten prüft dann

die Lage Deutschlands

und stellt fest, die Herinnahme von Auslandskapital dürfe nicht künstlich abgelehnt werden. Der Nationalisierung der Wirtschaft müsse eine Nationalisierung der öffentlichen Verwaltung folgen. Eine den Export fördernde Wirtschaftspolitik müsse getrieben werden, vor allem auch eine Handelspolitik, die Zollherabsetzungen vermeide. Vielmehr müssen Zollniederlegungen angestrebt werden.

Oberschlesiens Heimatgefühl.

Rede des Kultusministers Beder.

Der preussische Kultusminister Dr. Beder, der eine Besichtigungstour durch Oberschlesien unternimmt, sprach auf einem von den Nationalen Schulen veranstalteten Oberfest in Glatz. Der Minister erklärte, daß man im Reich und in Berlin wohl von Oberschlesiens Not und Eigenart unerrichtet sei.

Wir wissen, so betonte Dr. Beder, daß es deutsche Männer sind, die in diesem Grenzland schwere Arbeit leisten, und wir kennen Oberschlesiens kulturelle Bedeutung. Man muß aber nicht nur obererschlesische Wälder und Berge sehen. Man muß auch Oberschlesien sehen. Man muß die Heimat sehen, die in der obererschlesischen Heimatgefühle in der obererschlesischen Heimatgefühle blieb, neue Formen annahm und weit über die Grenzen erhalten blieb. Es möge auch weiterhin lebendig bleiben und zum innigen Zusammenarbeiten mit dem Reich beitragen. Jeder deutscher Gemeinheitsgeistler sei es, der uns noch enger zusammenführen müsse. Er könne versichern, daß man in Berlin wohl von Oberschlesiens Not und Eigenart unerrichtet sei.

Einweihungstermin in Glatz.

Kultusminister Dr. Beder nahm ferner an der Einweihungstermin des neuen Gebäudes des hiesigen katholischen Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums in Glatz teil. Dabei machte er längere Ausführungen über den Wert des humanistischen Gymnasiums in der heutigen Zeit. Er betonte hierbei, daß insbesondere in einem Land wie Oberschlesien, in dem die realistische Seite des Wirtschaftslebens besonders stark hervorragt, das Wesen einer humanistischen Bildung als der geistige Gegenpol gegenüber dem realistischen Leben zu betrachten sei.

Schiedspruch im Ruhrbergbau für verbindlich erklärt.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat den Schiedspruch im Ruhrbergbau, der eine durchschneidende Vahrscheinung am 8. August vorseht, für verbindlich erklärt. Die Verbindlichkeitserklärung ist erfolgt, nachdem sich der Reichsarbeitsminister um einen Ausgleich zwischen den beiden Parteien bemüht hatte. Die Verbindlichkeitserklärung ist im öffentlichen Interesse angeordnet, weil sonst mit ständiger Sicherheit Streiks und Ausbesserungen erfolgt wären.

Zur Erhöhung der Kohlenpreise. Ein Antrag des Reichs-Beruflichen Kohleninstituts. Nach dem Schiedspruch für den Ruhrbergbau vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden ist, hat das Reichs-Berufliche Kohleninstitut eine Kohlenpreiserhöhung um 1.000 beantragt. Die Erhöhung des Kohlenpreises und des Reichs-Beruflichen Kohleninstituts findet am 2. Mai statt. Inzwischen wird das Syndikat über das zu beantragende Entschluß der Preisänderung und über die sonstigen Maßnahmen beraten, die durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches notwendig werden.

Aus Streifen des Ruhrbergbaus sind danach hinzugefügt, daß sich die beantragte Erhöhung in solchen Grenzen halten dürfte, daß sie die Befreiung des Bergbaus durch den jetzt für verbindlich erklärten Schiedspruch nicht ausgleicht. Wenn man in Betracht zieht als Folge dieses Schiedspruches mit einer 50prozentigen Drosselung des Auslandsabfahres und Verlust von weiteren 50 Prozent des bisher unbefristeten Gebietes rechnet, so dürfte die beantragte Kohlenpreiserhöhung diese Gewinne nicht einmal zur Hälfte ausmachen. Man wird also um neue Einkünfte, selbst wenn die Kohlenpreiserhöhung durchgeht, nicht herkommen.

In gutunterrichteten wirtschaftlichen Kreisen wird damit gerechnet, daß einige weniger rentable Gruben stillgelegt und etwa 30 000—40 000 Bergarbeiter zur Entlassung kommen werden.

Schiedsvertrag Amerika-Deutschland.

Unterscheidung in einigen Tagen. Der amerikanische Staatssekretär Kellogg und der deutsche Reichsaußenminister Brüning werden in